

## Struktur des Protokolls der Gruppenarbeit (Dokumentation Laptop)

1. Moderation durch: Reinhard Zedler
2. Protokoll durch: Christoph Pfisterer
3. Thema: **Querschnittsthemen aus Workshop 1 – 3 mit Fokus auf Qualifizierung, Unterstützung und Vernetzung von Verwaltung und Gemeinderat**

4.a. Erfahrungen	4.b. Wünsche / Bedenken
<p>Thema: Kommunalwahl – ist Neuwahl eine Chance oder ein Hemmnis für nachhaltige Kommunalentwicklung?</p> <p>Geplant: Klausurtagung mit neuen Gemeinderäten, um diese in bereits bestehende Prozesse einzuweißen, bevor die Gremienarbeit beginnt.</p> <p>Unabhängig von Kommunalwahl: Verwaltung stellt Prozesse, ausgearbeitete Themen im Rahmen einer Klausurtagung vor.</p> <p>Schwierigkeit: OB-Wahl, unklar, wie die Prozesse mit neuer Verwaltungsspitze weitergehen.</p> <p>Verbesserungsvorschläge an Bürgerbeteiligung: es müssen alle, nicht nur Betroffene eingeladen werden (ist das bloße Wahlkampfaktik von neuen OB-Kandidaten).</p> <p>Verwaltung plant gemeinsam mit Gemeinderat, wie mit neuem Gemeinderat und gemeinsam mit der Bevölkerung Prozesse weitergesetzt werden.</p> <p>Nachhaltigkeit muss in Kommunen konkretisiert werden, sonst können sich Bürger schlecht mit den Anliegen identifizieren (und beteiligen).</p> <p>Beteiligungsprozesse sind umso wichtiger, je weiter die Verwaltung von der Bevölkerung entfernt ist (z. B: Großstädte). In kleinen Gemeinden ist möglicherweise per se mehr Kommunikation und Verbindung zwischen</p>	<p>Neuer Gemeinderat muss sensibilisiert werden für Trends, Themen</p> <p>Ergebnisse der Bürgerbeteiligung müssen offen kommuniziert werden;</p> <p>Hürden: Arbeitsgruppen mit Bürgern verselbständigen sich; erregt Ärger bei Gemeinderäten. Wichtig: Rollenverständnisse müssen von Anfang an geklärt werden.</p> <p>Regeln für Bürgerbeteiligung, erarbeitet gemeinsam mit Gemeinderat und Bürgern können eine Grundlage für zukünftige Beteiligungsprojekte darstellen.</p> <p>Idee: von Anfang an neutrale Personen einbinden, um Konfliktpotenzial von Anfang an zu identifizieren und entschärfen.</p> <p>Bürgerbeteiligungen darf keine Beschimpfungen entstehen lassen.</p> <p>Welche Beteiligungsmethoden kreieren welche Auswahl von Bürgern? Ziel: nicht immer die gleichen Bevölkerungsgruppen befragen.</p> <p>Bürgerbeteiligungen sollten mit einer neutralen Analysephase starten, nicht mehr (wie früher teilweise) mit einer Kritikphase.</p>

<p>Politik/Verwaltung und Zivilgesellschaft</p> <p>Bürgermeister müssen Prioritäten, Schwerpunkte im Prozess setzen und diese Schritt für Schritt umsetzen.</p> <p>Bürgerbeteiligung an sich ist nur eine Methode, ein Instrument / Weg, aber hat noch keine qualitativen Merkmale wie „Nachhaltig“. Bürgerbeteiligung kommt daher, dass Entscheidungsstruktur nicht mehr zeitgemäß ist. Bürgerbeteiligung muss den eigenen kommunalen Zielen dienen, und darf nicht Partikularinteressen dienen.</p> <p>Problem: viele Bürger setzen Bürgerbeteiligung gleich mit Bürgerentscheidung: die letzte Entscheidungskompetenz liegt letztendlich beim Gemeinderat. Diese müssen die Entscheidung verantworten. Bürger sind leicht frustriert, wenn ihre Empfehlungen vom Rat nicht angenommen werden.</p> <p>Einbindung der Bürger über Monate/Jahre hinweg ist unrealistisch. Bürgerbeteiligung muss ein Anfang und ein Ende haben.</p> <p>Braucht man für Klausurtagungen externe Berater?</p> <p>Externe Beratung ist wichtig. Verwaltung versucht sonst zu sehr, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Ein Moderator kann Interessensausgleich in der Tagung schaffen und die Dominanz der Verwaltung kompensieren.</p> <p>Voraussetzungen für Moderatoren:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Soziale Kompetenz</li> <li>- Fachliche Erfahrung (ehemalige Gemeinderäte/Bürgermeister)</li> <li>- Keine direkte Verbindung zur Kommune</li> </ul> <p>Akzeptanz steigt mit externer Moderator; Problem, Moderator darf von Verwaltung nicht für seine Ziele instrumentalisiert werden.</p> <p>OB darf sich aber einerseits nicht als Getriebener des Prozesses sehen; OB darf den Prozess aber nicht unterlaufen und zum Schluss gegen die Empfehlung entscheiden.</p> <p>Verwaltung muss einen Nachweis für die</p>	<p>Wunsch: wir müssen experimentierfreudiger werden.</p>
---	--

Verwertung des Inputs der Bürger erbringen. Dabei ist die Inhaltliche Offenheit des Ergebnisses wichtig – man darf sich nicht wundern, wenn Bürger das Projekt am Ende komplett ablehnen.

Baden-Württemberg macht zwar seit 25 Jahren Bürgerbeteiligung; aber jeder Fall ist ein Unikat, deshalb muss in Zukunft immer fallorientiert entschieden werden; Fehler sind weiterhin möglich trotz Erfahrung.

Bürgerbeteiligung ist für ältere Gemeinderäte eine Entmündigung. OB muss zeigen, dass Bürgerbeteiligung positive Effekte, auch für Gemeinderat, hat.

Gibt es ein Verständnis bei den Bürgern aktiv und mittel/langfristig mitzudenken und sich als Teil der Entscheidungsmechanik zu fühlen?

Bürgersicht: teilweise, ich als Bürger gebe einmal mein Input, und dieser soll dann „gefälligst“ mitgedacht werden von Gemeinderäten.

Es gibt bestehende Kommissionen in manchen Gemeinden, diese Kommissionen sind mit Gemeinderäten und Bürgern besetzt; hier herrscht ein Verantwortungsbewusstsein für die zu treffenden Entscheidungen. Bei Projektbezogenen Beteiligungen herrscht eher ein Anspruchsdenken: ich (Bürger) will beteiligt werden, und das Ergebnis soll bitte schön nach meinen Ansichten gestaltet werden.

Bei Bürgerbeteiligung von kommunalen Konzepten/Strategiepapieren besteht die Gefahr, dass Bürger frustriert sind, wenn der Prozess zu lange geht und ihre Ideen am Ende nicht umgesetzt wurden.

Verwaltung hat gelernt, zu beteiligen: Aber! Nun müssen Bürger auch lernen, zu verstehen, wenn Politik/Verwaltung sich am Ende gegen ihre Empfehlungen entscheiden. Verwaltung muss dann unbedingt erklären, warum sie am Ende von der Empfehlung der Beteiligung abweichen. Gemeinderat muss

sich nachvollziehbar öffentlich erklären, für was er sich entscheidet.

Je kleiner die Kommune jedoch, desto schwieriger ist es für die Politik/Verwaltung, dem Druck der Bevölkerung standzuhalten. Wie kann Druck rausgenommen werden?

Möglichkeit: Bürger erstmal „ausmotzen“ lassen, bevor es an die Analyse der Sache geht.

Auswahl der Bürger für Beteiligungsprojekte nach dem Zufallsprinzip bietet die Möglichkeit, bisher nicht-aktive Bürger in den Prozess einzubinden.

Hinter Zufallsprinzip steckt Chancengleichheit.

Praktische Einschränkungen sind immer der Fall (viel beschäftigte Arbeitnehmer z. B.) – Vorteil der Zufallsauswahl ist eine größere Vielfalt an Ansichten.

FAZIT:

Bürgerbeteiligung lohnt sich. Macht Spaß. Setzt viel Energie frei. V.a. während dem Prozess wird positive Energie freigesetzt. Querulanten gibt es zwar immer, diese werden im Laufe des Beteiligungsprozesses aber von positiv-eingestellten Teilnehmern isoliert. So-genannte „Laien“ haben oft tolle Ideen. Große Projekte/Konzepte müssen unbedingt von einer Vielzahl an Personen unterstützt werden.

Bürgerbeteiligung ist eine Möglichkeit, um bisher nicht aktive Bürger an kommunalen Ereignissen zu beteiligen.